



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

φ.: Die letzten zwei Jahre der auswärtigen Politik Preußens. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die letzten zwei Jahre der auswärtigen Politik Preußens.

1.

Zwei Jahre sind verflossen, seit das gegenwärtige preussische Ministerium ins Amt trat, und es scheint an der Zeit, einen prüfenden Rückblick auf seine bisherige Thätigkeit zu werfen. Selten hat eine Verwaltung unter so günstigen Umständen die Leitung der Geschäfte übernommen: das Land athmete auf nach dem langjährigen Druck einer Reaction, welche im Innern jede gedeihliche Entwicklung gehemmt, nach Außen Preußen eine Reihe schwerer Demüthigungen bereitet hatte; die freiwillige Berufung neuer Rathgeber der Krone wurde mit Jubel begrüßt, die besten Dispositionen kamen denselben entgegen, die Wahlen zum Abgeordnetenhause brachten ihnen eine unzweifelhafte Majorität, durch ganz Deutschland zog ein frischer Zug neuen Hoffens. Was hat das Ministerium unter so günstigen Bedingungen geleistet? Im Innern unzweifelhaft viel. Wenn sich auch die nöthige Entschiedenheit dem Herrenhause gegenüber vermissen ließ, wenn den widerwilligen Oberpräsidenten nicht genug Ernst gezeigt wurde, so waren doch die Fortschritte und Resultate bedeutend: freie Presse, freie Wahlen, freie Religionsübung wurden allgemein als Wohlthat anerkannt. Anders in der auswärtigen Politik, in welcher sich der Bruch mit dem alten Systeme am entschiedensten zeigen sollte und die durch die Gewalt der Ereignisse zur wichtigsten Angelegenheit des Staates wurde. Grade in den auswärtigen Fragen hatten die Männer, welche ans Ruder kamen, das Ministerium Manteuffel am schärfsten getadelt, unermülich hatte das preussische Wochenblatt auf die Schmach von Olmütz, auf Schleswig-Holstein und Kurhessen hingewiesen. Um so lebendiger mußte im November 1858 die Hoffnung sich regen, daß eine energische Politik Preußen wieder nach außen heben werde: die Ansprache des Regenten an seine neuen Räte schien dies zu verheißen; das dänische Cabinet zeigte sich, noch ehe von Berlin aus ein Schritt geschehen, nachgiebig und hob die Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg auf. Diese Hoffnung ist getäuscht worden; kaum jemand wird sich finden, den die preussische auswärtige Politik befriedigte, und mühsam arbeitete nur die Preussische Zeitung an der undankbaren Aufgabe, jedes Thun oder Nichtthun der Regierung zu rechtfertigen. Die liberale Partei empfindet dies lebhafter und schmerzlicher als jede andre, aber wir finden bei ihr nicht immer Klarheit über die einschlagenden Verhältnisse. Dies hat namentlich die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses gezeigt, und doch ist es für die Zukunft von größter Wich-

tigkeit, daß dasselbe eine richtige Stellung zu der auswärtigen Politik der Regierung einnimmt, wenn es auch nicht berufen ist, unmittelbar in dieselbe einzugreifen. Von diesem Gesichtspunkte soll in Nachstehendem versucht werden den Gang derselben in objectiver Darstellung zu zeichnen.

Es konnte dem Freiherrn v. Schleinig nicht unerwartet kommen, daß der Kaiser Napoleon sich in die Verhältnisse Italiens mischte. Gerüchte und Mittheilungen über den Besuch Cavour's in Plombières, über die Gespräche mit Palmerston und Clarendon in Compiègne waren nach Berlin gedrungen. Der Neujahrsgruß an Herrn v. Hübner, die sardinische Heirath, die Thronreden in Paris und Turin konnten keinen Zweifel mehr lassen über das, was zum Frühjahr zu erwarten stand. Die österreichische Circulardepesche vom 5. Feb. brachte zuerst die Frage auf das diplomatische Gebiet, indem für den Fall eines französischen Angriffs auf die Lombardei die Erwartung ausgesprochen wurde, der deutsche Bund werde für Oestreich eintreten. Es war sehr begreiflich, daß diese Depesche in Berlin keinen angenehmen Eindruck machen konnte, zumal dieselbe nicht an Preußen gerichtet war; es war offenbar in Wien der Plan, das Berliner Cabinet durch die Mittelstaaten und den Bund zu nöthigen für das ganze österreichische System in Italien einzustehen. Die preussischen Depeschen vom 13. und 27. Februar lehnten dies aufs bestimmteste ab und betonten die Stellung Preußens als europäische Macht, die sich bei Behandlung einer solchen Frage nicht Majoritätsbeschlüssen am Bundestage unterordnen könne, so fest sie auch entschlossen sei, allein durch die deutsch-nationalen Interessen den Gang ihrer Politik bestimmen zu lassen.

Die Gesichtspunkte derselben ließen sich in diesem Stadium etwa so bezeichnen: 1) Anerkennung der Bundesverpflichtungen im weitesten Sinne; 2) Aufrechthaltung des Territorialbestandes und der Verträge von 1815; 3) Gemeinsame Vermittelung mit England über die Differenzen, welche außerhalb jener Verträge liegen.

Die Ideen über eine solche waren indeß noch sehr unklar, als Lord Cowley seine Sendung nach Wien antrat. Das berliner Cabinet stand derselben auch wesentlich passiv zur Seite und suchte erst, als der russische Vorschlag eines Congresses die englische Vermittelung kreuzte, gemeinsam mit Lord Derby die Schwierigkeiten, welche sich namentlich über die Entwaffnungsfrage erhoben, bei beiden Theilen zu beseitigen. Oestreich schnitt diese Versuche ab, der Erzherzog Albrecht kam nach Berlin, um zu erklären, die österreichischen Truppen würden in Sardinien einrücken, wenn dasselbe nicht entwaffne; trotz der dringenden Abmahnung von Seiten des Regenten erfolgte das Ultimatum und der Einmarsch. Preußen schloß sich dem Proteste Rußlands und Englands wenigstens mit offener Mißbilligung an und widersetzte sich den von Oestreich gewünschten Anträgen auf Mobilisirung der Bundesarmee, um

ein Vorrücken kaiserlicher Truppen an die südwestdeutschen Grenzen zu verhindern, welches Deutschland in den Krieg verwickeln würde. Während andere deutsche Kammern sich bereits frühzeitig lebhaft über die große schwebende Frage ausgesprochen hatten, schien das neue Haus der Abgeordneten ganz durch innere Fragen absorbiert; jetzt brachten die Finanzvorlagen zum ersten Mal im Landtag die Stellung Preußens zur Sprache. Herr von Schleinitz beobachtete in seinen Erörterungen eine große Zurückhaltung, er erkannte bereitwillig das Große und Berechtigte des nationalen Aufschwunges an, dessen Sinn sei, daß Deutschland sich jetzt und in Zukunft dem Auslande gegenüber als eine geschlossene Einheit betrachten und als solche das gewaltige Gewicht seiner Kraft in die Waagschaale der politischen Entscheidungen legen wolle, ebenso bestimmt aber wahrte er der Stellung Preußens ihre Selbständigkeit, indem er sie als die der bewaffneten Vermittlung bezeichnete. Beide Häuser stimmten ihm wesentlich bei.

Uns scheint schon in diesem ganzen ersten Stadium die Unklarheit begonnen zu haben. Vermitteln läßt sich nur auf einer bestimmten Grundlage, Herr v. Schleinitz aber hatte niemals eine solche aufgestellt und sich nur nachträglich den vier Punkten Lord Cowleys angeschlossen. Der Sinn einer bewaffneten Vermittlung kann völkerrechtlich und politisch nur der sein, daß man bestimmte Bedingungen für die Herstellung des Friedens bezeichnet und den kriegführenden Theil, der darauf nicht eingehen will, mit Waffengewalt dazu zwingt. Solche Bedingungen aber präcisirte Preußen nicht, es dachte auch nicht daran eventuell Oestreich zum Aufgeben gewisser Rechte gewaltsam zu nöthigen, sondern vielmehr daran, unter gewissen Umständen ihm doch zu Hilfe zu kommen; die Regierung hatte jede Neutralitätserklärung abgelehnt, sie bezeichnete sich in diplomatischen Aktenstücken geffentlich nur als nicht kriegführende Macht und versuchte noch im ersten Stadium des Krieges, als Oestreich angreifender Theil war, eine Verständigung mit ihm für bestimmte Eventualitäten anzubahnen. Hierauf war die Sendung des Generals v. Willisen nach Wien berechnet. Derselbe kam nach längern Unterhandlungen mit Graf Rechberg endlich über drei Punkte überein:

- 1) Preußen wird mit aller Kraft für die Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien wirken.
- 2) Oestreich überläßt Preußen für ein Einschreiten zu diesem Zwecke die Initiative sowol am Bunde als für die militärischen Maßregeln.
- 3) Es verpflichtet sich, mit keinem andern deutschen Staate Separatbündnisse abzuschließen.

Diese drei Punkte sollten durch Notenaustausch festgestellt werden; aber derselbe scheiterte an der Formulirung des ersten Punktes, den man in Berlin nicht zu einer Garantie des österreichischen Besitzstandes werden lassen wollte.

Bei dieser Gelegenheit zeigte sich zum ersten Male eine Meinungsverschiedenheit unter den Männern, welche damals die Politik Preußens bestimmten. Darüber war man zwar vollkommen einig, daß es nicht im preußischen und deutschen Interesse sein könne, schlechtweg für Oestreichs System in Italien einzustehen, oder seine legitimistischen Ideen des Sturzes Napoleons und der Rückführung Heinrichs V. zu begünstigen, aber die andere Seite der Frage: ob es nicht geboten sei, bei dieser Gelegenheit der drohenden Suprematie Frankreichs entgegenzutreten, fand nicht so übereinstimmende Beantwortung. Von diplomatischer Seite ward geltend gemacht, daß Preußen unmöglich einen solchen Kampf aufnehmen könne; ein gefahrvolles Uebergewicht einer großen Militärmacht werde nur durch eine Coalition gebrochen, welche bei der Schlaffheit Englands jetzt gegen Frankreich unmöglich sei, Preußen müsse mit letzterem zusammen eine bewaffnete Vermittlung ausüben und diese dazu benutzen, seine Stellung in Deutschland zu heben. Von militärischer Seite ward dagegen aller Nachdruck auf die Gefahr gelegt, welche aus einer entscheidenden Niederlage Oestreichs und einem großen Siege Frankreichs für Deutschland und Preußen erwachsen müsse. Der Regent sei berufen, die Führerschaft in einem solchen nationalen Kampfe zu übernehmen, nicht um unhaltbare Zustände gewaltsam in Italien zu stützen, sondern um dem Uebergewicht Frankreichs entgegenzutreten; durch solche Führung und die Opfer, welche sie erheische, begründe er am besten seine Anwartschaft auf eine hervorragende Stellung in Deutschland, ein kräftiges Auftreten Preußens werde das Ministerium Derby stärken und ermutigen, Frankreich entgegenzutreten. Es ließ sich für beide Ansichten viel sagen, jedenfalls mußte man aber eine bestimmte wählen, entweder aufrichtig neutral oder entschieden kriegerisch sich zeigen. Leider aber entschied man sich für keinen fest vorgezeichneten Weg, sondern suchte fortwährend durch Compromisse beides zu vermitteln, wodurch die preussische Politik unvermeidlich einen schwankenden Charakter annehmen mußte. Indes hatten die Ereignisse sich rasch gedrängt. Die östreichische Armee wich allmählig zurück, die Aufstände in Toscana, Parma und Modena erweiterten die französische Angriffslinie, die Schlacht von Magenta ward geschlagen, gleichzeitig wurde das Andringen der Mittelstaaten, welche in ihren Rüstungen über ihre finanziellen Kräfte gegangen waren und eine lange bewaffnete Nichtactivität kaum ertragen konnten, immer schwerer abzuweisen, das Anlehen von 40 Mill. Thlr. ward ausgegeben, die Kriegsbereitschaft in vollem Umfange durchgeführt, die Mobilmachung immer bestimmter ins Auge gefaßt.

Die diplomatische Partei arbeitete der letztern nach Kräften entgegen in der Voraussetzung, daß durch dieselbe der militärische Geist das Uebergewicht erhalten werde und man die einmal mobil gemachte Armee nicht ohne zu schlagen nach Hause schicken könne; aber hier entschied der Einfluß des Regens-

ten gegen sie; sie erreichte nur, daß drei Corps von der Maßregel ausgenommen wurden, um zur Landesvertheidigung zu dienen. Am 11. Juni ward die Cabinettsordre für die Mobilmachung von sechs Armeecorps gezeichnet. Die erste Folge dieses Schrittes sollte die Verwirklichung der bewaffneten Vermittlung sein, außerordentliche Abgesandte sollten deren Bedingungen in den Hauptquartieren vorlegen; da die Annahme derselben von Frankreich nicht wahrscheinlich war, traf man zugleich die nöthigen Vorkehrungen für die Eventualitäten des Krieges. Ueberzeugt, daß mit der Bundeskriegsverfassung praktisch nichts zu machen sei, wollte man die deutschen Regierungen auffordern, militärische Bevollmächtigte nach Berlin zu senden und ihre hiesigen Gesandten zu den betreffenden politischen Verhandlungen zu beauftragen; der Oberbefehl Preußens ward als selbstverständlich angenommen, man beschäftigte sich mit der Idee, denselben durch einen nach Berlin zu ladenden Fürstencongreß an den Regenten übertragen zu lassen. Inzwischen trafen höhere Offiziere von verschiedenen deutschen Staaten zur Vorberathung ein.

Man schien mit starken Schritten auf den Krieg loszugehen; aber die diplomatische Partei, welche sich soweit hatte fügen müssen, gab ihren Widerstand nicht auf und suchte vorerst den geschehenen Schritten die drohende Spitze abzubreaken. Hierbei kam ihr die Unklarheit der ganzen preußischen Politik in der italienischen Frage zu Statten. Offenbar konnte die beabsichtigte bewaffnete Vermittlung nur Aussicht auf Gelingen haben, wenn sie rasch und kategorisch geübt wurde; da ihre Bedingungen die erste Folge der Mobilmachung sein sollten, mußten sie vor derselben festgestellt sein. Dies war nicht geschehen; erst nach der Unterzeichnung der Cabinettsordre vom 11. Juni sollten die Instructionen für die außerordentlichen Abgesandten ausgearbeitet werden, und es war begreiflich, daß, wo man so wenig einig über die ganze Richtung war, sich immer neue Differenzen bei jedem Punkte erheben mußten. Eine Grundlage für die Vermittlung zu finden mußte immer schwieriger werden, je mehr die Ereignisse vorschritten; man scheute sich Oesterreich Opfer zuzumuthen und mußte doch einsehen, daß nicht an eine Herstellung des status quo ante zu denken sei; man hob hervor, daß in Ober- und Mittelitalien wirkliche und weitgehende Reformen der Verfassung und Verwaltung herbeizuführen seien. Sollte man wirklich geglaubt haben, daß Frankreich und Sardinien um ein so mageres Resultat zu erreichen ein so hohes Spiel gewagt hätten? Die diplomatische Partei legte besondern Nachdruck darauf, daß ein einseitiges Vorgehen Preußens Verhältniß zu England und Rußland verderben müsse und verlangte zuerst einen Versuch zu machen, die Zustimmung dieser beiden Mächte zu der beabsichtigten Vermittlung zu erlangen. War nun dieselbe schon an sich unpraktisch, wenn man nicht sogleich mit einem Ultimatum auftrat, so wurde sie vollständig unmöglich, wenn man sich doppelte Gewichte an die Füße band. Rußland hatte

von Anfang an in der italienischen Frage Frankreich secundirt; von ihm ging der Vorschlag des Congresses aus, der Lord Cowleys Sendung kreuzte, als sie ein Resultat geben zu wollen schien; erbittert über Oestreichs Verhalten in der orientalischen Frage wünschte Fürst Gortschakoff dessen Niederlage, wie hätte man erwarten sollen, daß er gegen Frankreich fest auftreten werde! England hatte seit dem Scheitern seiner Vermittlung sich immer schlaffer gezeigt, es hatte gemeinsam mit Rußland gegen das östreichische Ultimatum protestirt, Lord Malmesbury hatte den deutschen Küstenstaaten am 6. Mai eine Depesche übergeben lassen, wodurch sie auf das dringendste von einem Kriege gegen Frankreich abgemahnt wurden, für den es keine Ursache gebe; sollte aber Deutschland so übel berathen sein, mit Frankreich Krieg anzufangen, so habe es nicht die geringste Hilfe von England zu erwarten. Weit entschiedner noch ließ sich die Abmahnung Englands hören, als bald darauf das Ministerium Derby, das in der Gesinnung wenigstens einer Veränderung des Territorialbestandes in Italien entgegen war, Palmerston das Feld geräumt und von diesem Lord John Russell sich ausdrücklich das auswärtige Amt ausbedungen hatte, um für seine italienischen Zwecke zu arbeiten. Man kennt seine famose Depesche vom 22. Juni an Lord Bloomfield, in der er Preußen Frieden predigt. Mit solchen Bundesgenossen war jede Vermittlung unmöglich, und wir vermögen uns schwer vorzustellen, was die berliner Diplomaten beabsichtigten, indem sie diesen Weg einschlugen, wenn sie nicht meinten, eben nur durch Hin- und Herverhandeln das kriegerische Vorgehen zu vereiteln. Erst am 27. Juni ging eine Depesche (datirt vom 24. Juni) nach London und Petersburg, welche gar keine Basis der Vermittlung aufstellte, sondern dieselbe nur ebenso dringend als allgemein empfahl. Dieser unfruchtbare Versuch hatte aber noch einen andern Nachtheil. Indem Preußen sich an England und Rußland wandte, verzichtete es auf ein selbstständiges Vorgehen und band sich selbst die Hände; denn eine Nichtbeachtung der russischen und englischen Antworten hätte es wirklich in eine schlechte Stellung zu beiden Mächten gebracht. Lord John Russells wie Gortschakoffs Bestreben aber war vor allem, Preußen vom Kriege gegen Frankreich zurückzuhalten, also die Unterhandlungen möglichst hinzuziehen. Sie erklärten nach Berlin im Allgemeinen ihre Bereitwilligkeit, im geeigneten Momente zu vermitteln, gaben aber natürlich auch ihrerseits keine Grundlage dafür an. Ebenso wenig sprach sich die Regierung gegen ihre deutschen Verbündeten klar über ihre Absichten aus; in der am 24. Juni an die preussischen Gesandten bei den deutschen Regierungen erlassenen Circulardepesche heißt es am Schluß: „Gestützt auf eine starke Militäraufstellung gedenken wir, die Friedensfrage, unter Anstrengung der Erhaltung des östreichischen Besitzstandes in Italien, im geeigneten Momente bei den großen Cabineten in Anregung zu bringen und mit der Mediation vorzugehen.“

Dies war also lediglich eine Erklärung für die Politik der freien Hand. Inzwischen war die Mobilmachung vorgeschritten, die Marschordres waren auf den 15. Juli festgesetzt, endlich ward am 4. Juli in Frankfurt der Antrag auf Uebertragung der Oberleitung über die vier deutschen Bundesarmee-corps gestellt.

In diesem Augenblick traf Fürst Windischgrätz in außerordentlicher Sendung in Berlin ein. Wenn durch dieselbe eine Verständigung mit Preußen erzielt werden sollte, so war allerdings die Wahl dieser Persönlichkeit, die als Hauptvertreter des militärischen Absolutismus in Oestreich galt, bei einem Ministerium, in das soeben Graf Schwerin eingetreten war, wenig glücklich. Noch weniger zeigten sich aber seine Forderungen als annehmbar; er verlangte ohne irgend ein Gegenzugeständniß zu bieten, daß Preußen das Vermittlungswerk abbreche und die Einleitung zum Krieg am Rhein durch eine Diverfion mache; als Zweck des gemeinsamen Kampfes bezeichnete der Fürst einfach die Herstellung des status quo ante nicht nur im Betreff des Territorialbestandes, den Preußen förmlich garantiren sollte, sondern auch in Betreff der Specialverträge mit den italienischen Fürsten. Gleichzeitig kreuzte Oestreich mit seinem Antrag auf Mobilisirung der Bundesarmee und Ernennung des Regenten zum Bundesfeldherrn den preußischen Antrag vom 4. Juli. Es lag auf der Hand, daß unter solchen Umständen die Sendung des Fürsten zu keinem Resultat führen konnte; aber nichts desto weniger hielt er die Stimmung in Berlin für Oestreich so günstig, daß er seinem Kaiser dringend abrieth, Frieden zu schließen; er sah voraus, daß im Fortgange des Krieges Preußen in denselben hineingezogen werden müsse. Aber dasselbe sah freilich auch ein anderer Beobachter, der Kaiser Napoleon, er schloß den Frieden von Villafranca und wies bei seiner Vertheidigung desselben in der Rede von St. Cloud ausdrücklich darauf hin, daß Preußen ihn in die Alternative versetzt habe, sein Ziel nur halb zu erreichen, oder den Krieg zugleich an der Ostsch und am Rhein zu führen.

Wir wollen uns nicht bei den Anklagen Oestreichs aufhalten, welches Preußen die Schuld an diesem Frieden zuschob, sie sind schlagend durch die Schrift „Preußen und der Friede von Villafranca“ widerlegt. Das Wiener Cabinet ist seiner alten Politik treu geblieben und hat in jedem Stadium dieser Frage gegen seinen Nebenbuhler mit der hergebrachten Rücksichtslosigkeit und Verfidie gehandelt; lieber trat es eine Provinz an Frankreich ab, als daß es den verhaßten Bundesstaat erwachsen sah. Es ist nach Veröffentlichung der einschlagenden Aktenstücke kein Zweifel mehr an der Ehrlichkeit der preußischen Politik, freilich auch kein Zweifel mehr über ihre Schwäche.

Wir kommen auf unsern Ausgangspunkt zurück. Der Krieg in Italien durfte den leitenden preußischen Staatsmännern seit Anfang 1859 nicht zwei-

felhaft sein, er entwickelte sich nicht unerwartet und zufällig, sondern nach
 einem wohlangelegten Plane. Dem gegenüber gab es für Preußen nur zwei
 Wege. Entweder es erklärte sich von vornherein neutral, weil es Oestreichs
 Misregierung in Italien nicht aufrecht halten wollte, und benutzte den Um-
 stand, daß die andern Mächte durch den Kampf im Süden beschäftigt waren,
 für seine eignen Interessen in Schleswig-Holstein. Hierzu war es vollständig
 berechtigt, und grade die Eifersucht der andern Mächte gebot ihm den gün-
 stigen Augenblick zu benutzen, wo dieselben paralytisch waren. Oder es sah
 in dem Krieg gegen Oestreich vor allem die Gefahr der Suprematie Frank-
 reichs, welches nach der Besiegung der einen deutschen Großmacht auch spä-
 ter die andre zu Boden werfen werde, es nahm dann den Kampf auf ge-
 gen Frankreich, nicht für Oestreichs Zwecke, ohne Täuschung über den Dank
 des Hauses Habsburg, vielmehr in der Ueberzeugung, daß letzte Macht
 selbst nach einem Siege zu wenig Elemente nachhaltiger innerer Kraft
 besitze, um Preußen seine Stellung in Deutschland streitig zu machen.
 Für jeden dieser Wege ließen sich gewichtige Gründe geltend machen. Die
 Regierung wählte keinen von beiden, sondern bewegte sich von Anfang an in
 unsicherer Haltung zwischen dem Wunsch, etwas für Oestreich zu thun, und der
 Abneigung, gegen Italien aufzutreten, in Halbheiten und Compromissen und
 that daher immer zugleich zu viel und zu wenig. Die ganze Idee der Ver-
 mittlung war eine vollkommen verfehlte, weil die erste Grundlage, eine impo-
 nirende Stellung, welche den streitenden Theilen den Frieden aufzwingen konnte,
 fehlte. So blieb die preußische Vermittlung nur eine gute Absicht, ein dringender
 Wunsch, ein allgemeines Bestreben. Bei dem Frieden von Villafranca war
 Preußen mit Oestreich, dem man hatte helfen wollen, offen verfeindet, wurde
 von Napoleon als die Macht bezeichnet, welche ihn an der Erreichung seines
 Zieles verhindert, war ohne ein bestimmtes Verhältniß zu Rußland und Eng-
 land und stand fast mit allen deutschen Staaten schlecht. Dies war das Er-
 gebniß des ersten Stadiums der italienischen Frage für Preußen.